

Von Schulden und Mythen

Regierung legt Finanzplan vor

Von Markus Sievers

BERLIN. Während die konjunkturelle Depression allmählich Platz lässt für ein bisschen Hoffnung auf ein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt, dämmert den meisten Menschen, dass für sie die Krise lange nicht zu Ende ist. Dieser Eindruck ist richtig, nicht nur weil die Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr so richtig hochschnellen wird. Auch bei den Staatsfinanzen kommt die Rechnung erst noch.

Sie wird so hoch ausfallen wie keine vor ihr in der Menschheitsgeschichte. Derart auf Pump haben die Regierungen zuletzt im Zweiten Weltkrieg gelebt, (...). Der Krieg aber endete nach sechs Jahren und ging über in eine lange Boomphase der Weltwirtschaft. Bei der Finanzkrise weiß niemand, wie lange sie dauert und vor allem wie lange ihre Nachwehen noch Wachstum und Staatsfinanzen belasten werden. (...)

Sorgen muss man sich also um den Staat, der kein Gewinner, sondern Opfer dieser Krise ist. Viele andere Ängste, die interessierte Kreise im Zusammenhang mit öffentlichen Defiziten schüren, sind dagegen unbegründet und beruhen auf Mythen.

"Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel." Oder: "Das ist eine Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit." Diese Floskeln sind in Deutschland immer wieder zu lesen und zu hören. Sie haben mit der ökonomischen Realität nichts zu tun.

Schon der Begriff "Generationengerechtigkeit" leitet in die Irre. Der Ökonom Axel Börsch-Supan spricht von einer "Schimäre". Ein sauber definiertes Konzept der Generationengerechtigkeit müsste "eine Bilanz aller Vor- und Nachteile aufstellen, welche die Geschichte einer bestimmten Generation beschert". Darin seien die Gewinne und Kosten von Erfindungen, Kriegen, wirtschaftlichen und demographischen Krisen den Generationen zuzuordnen. "Das ist schlichtweg unmöglich", konstatiert Börsch-Supan. (...)

Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Rundschau am 24. Juni 2009.